

Zeitschrift: Studies in Communication Sciences : journal of the Swiss Association of Communication and Media Research

Herausgeber: Swiss Association of Communication and Media Research; Università della Svizzera italiana, Faculty of Communication Sciences

Band: 11 (2011)

Heft: 1

Artikel: Harmonie im Konsens? : Konfliktwahrnehmungen von Journalisten und Politikern in der Schweiz und Europa

Autor: Mayerhöffer, Eva / Pfetsch, Barbara

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-791195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EVA MAYERHÖFFER & BARBARA PFETSCH*

Harmonie im Konsens? Konfliktwahrnehmungen von Journalisten und Politikern in der Schweiz und Europa¹

The relationship between journalists and politicians is subject to a high level of underlying conflict. For the Swiss case, it is often argued that its character as a democracy based on consensus and consociationalism counterbalances the degree to which this latent conflict becomes manifest in the daily interaction of media and political actors. To test this assumption, the article compares the degree of conflict engrained in the Swiss political communication culture to eight other European countries, based on survey data of more than 2,000 high-ranking politicians and journalists. Findings show that while the relationship between journalists and politicians in Switzerland is indeed perceived as quite harmonious, the Swiss political communication culture does not stand out as particularly consensual in European comparison. However, in Switzerland it is decisive for a harmonious relationship between journalists and politicians that their political convictions do not impinge on their interaction, much more so than in other European countries.

Keywords: political communication, political communication culture, consensus democracies.

* Freie Universität Berlin, eva.mayerhoeffer@fu-berlin.de; pfetsch@zedat.fu-berlin.de

¹ Der vorliegende Aufsatz ist die erweiterte und überarbeitete Fassung eines Vortrages, den Barbara Pfetsch im Rahmen des Abschiedssymposiums von Prof. Roger Blum am 23.01.2010 an der Universität Bern gehalten hat. Wir danken Patrick Donges, Stephanie Schwab Cammarano und Otfried Jarren, Universität Zürich, dass sie uns die Schweizer Daten zur Verfügung gestellt haben.

1. Einleitung

Politiker und Journalisten sind im politischen Alltag unmittelbar aufeinander angewiesen – sie tauschen Information gegen Publizität. In der Kommunikationswissenschaft werden für diese Grundkonstellation der Arbeitsbeziehung von Journalisten und Politikern Begriffe wie «Interdependenz» oder «Symbiose» verwendet (Schönbach 1998: 121). Das Verhältnis von Politikern und Journalisten lässt sich aber nicht nur als Beziehung zum gegenseitigen Nutzen charakterisieren, es hat auch ambivalente Merkmale. Gegenläufige Rollenverständnisse und Verhaltenserwartungen prägen das Wechselspiel von politischen und medialen Akteuren und resultieren in widerstreitenden Interessenlagen und teils unvereinbaren Anforderungen an die jeweils andere Seite.

Für die Schweiz wird vielfach argumentiert, dass dieses Spannungsverhältnis weit weniger stark ausgeprägt ist, als es die strukturelle Gegensätzlichkeit der Rollenverständnisse beider Seiten vermuten liesse. Schweizer Journalisten erscheinen in verschiedenen Studien als konsensorientiert und höchst staatstragend. So zeigte Sacher (1992) in den frühen 1990er Jahren, dass das Verhältnis von Bundeshausabgeordneten und Politikern «der Norm nach antagonistisch, in der Wirklichkeit aber kooperativ ist» (vgl. Sacher 1992: 133). Auch nach Blum (2005, 2006) verhalten sich die Journalisten in der Schweiz gegenüber Politikern eher kompromissorientiert, d. h. gegen die vordergründige Nachrichtenwertlogik, die Streit und Konflikt als Aufmerksamkeitsfaktoren vorgibt. Für diese Kultur der Harmonie werden zeitgeschichtliche Entwicklungen verantwortlich gemacht (vgl. Blum 2005, 2006). So habe die Ablösung der Medien von den Parteien in den 1970er Jahren dazu geführt, dass die parteipolitische Orientierung der Journalisten durch die Hingabe an die politischen Prinzipien der direkten Demokratie und Konkordanz ersetzt wurde. Insgesamt sprechen diese Studien dafür, dass ein hoher Harmoniefaktor die Beziehungen in der politischen Kommunikation der Schweiz bestimmt.

Neuere Befunde über die Einstellungsmuster von Journalisten und Politikern in der Gegenwart fordern diese Sichtweise teilweise heraus. So zeigen Schwab et al. (2010), dass sich die Interaktion zwischen Politikern und Journalisten im Vergleich zu den 1990er Jahren (Sacher 1992) deutlich formalisiert hat und es zu einer Verfestigung getrennter Rollen und Auf-

gabengbereiche kam. Die Zürcher Studie (Schwab et al. 2010) beschreibt eine Arbeitsbeziehung zwischen sozialer Nähe und professioneller Distanz: Wenn sie auf ihren Umgang mit der jeweils «anderen Seite» angesprochen werden, betonen Politiker ihre Nähe zu Journalisten, während diese die professionelle Distanz hervorheben. Dies legt die Vermutung nahe, dass der vermeintliche Konsens zwischen politischen und medialen Eliten in der Schweiz womöglich brüchiger ist, als oftmals postuliert wird. Hier setzt die vorliegende Untersuchung an. Vor dem Hintergrund der bisherigen Bestandsaufnahmen der politischen Kommunikationskultur in der Schweiz analysieren wir die subjektiven Grundlagen des Verhältnisses von Politikern und Journalisten. Wir fokussieren dabei insbesondere auf diejenigen Einstellungen, die Aufschluss geben über das Ausmass an sowie Ursachen für Harmonie bzw. Konflikt zwischen Politikern und Journalisten – und darauf, ob zwischen Politikern und Journalisten Konsens über die Qualität ihrer Beziehung herrscht. Wir fragen also, ob sich das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten nach wie vor als «Harmonie im Konsens» beschreiben lässt.

Obwohl es in unserer Untersuchung um die Schweiz geht, so sind wir nicht vorrangig an einer Einzelfallbeschreibung interessiert. Unser Ziel ist vielmehr, die Einstellungsmuster, die wir als Grundlage der Arbeitsbeziehung der politischen Kommunikation identifizieren, im internationalen Vergleich zu betrachten. Wir fragen daher, ob das Ausmass und die Gründe für Harmonie bzw. Konflikthaltigkeit in der politische Kommunikationskultur der Schweiz typisch sind für westliche Demokratien. Um einen Massstab für das Niveau des Konsenses zwischen Medien und Politik zu gewinnen, vergleichen wir die Ergebnisse der Schweiz mit denen acht weiterer europäischer Demokratien. Als empirische Grundlage unserer Untersuchung dienen die Daten einer Befragung von mehr als 2000 hochrangigen Politikern und Journalisten in den Jahren 2008/09 in neun europäischen Ländern². Ziel dieses international vergleichenden

² Das Projekt «Political Communication Cultures in Western Europe – A Comparative Perspective» wird im Rahmen des ECRP II Programms der European Science Foundation gefördert (www.communication-cultures.eu) und von Barbara Pfetsch (Freie Universität Berlin) koordiniert. Die Schweizer Teilstudie wurde von Otfried Jarren, Patrick Donges und Stephanie Schwab Cammarano an der Universität Zürich durchgeführt und vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert.

Projekts ist es, die politischen Kommunikationskulturen in europäischen Demokratien empirisch zu bestimmen und zu typologisieren.

Unser Beitrag ist in zwei Teile gegliedert. Zunächst stellen wir das theoretische Gerüst unserer empirischen Untersuchung vor. Insbesondere diskutieren wir die Relevanz von Konfliktwahrnehmungen als wesentliche Dimension der politischen Kommunikationskultur der Schweiz. Daraus ergeben sich die empirischen Forschungsfragen, die wir im Rahmen des international vergleichenden Designs bearbeiten. Unsere Ergebnisse beziehen sich auf das Ausmass und die Ursachen von Konfliktwahrnehmungen zwischen Journalisten und Politikern im europäischen Vergleich und auf die Frage, ob die Schweiz hier ein typischer oder ein Sonderfall ist.

2. Konfliktwahrnehmungen als Dimension der politischen Kommunikationskultur

2.1. Theoretische Überlegungen

Unsere Untersuchung verortet sich in einer Forschungstradition, die politische Kommunikation als Interaktion zwischen Journalisten und Politikern beschreibt und die Einstellungen, die dieser Interaktion zugrunde liegen, empirisch und ländervergleichend erforscht (Blumler & Gurevitch 1981; Blumler & Gurevitch 1995: 240 ff.; Pfetsch 2003a, 2003b). Zentrale Annahme dieser Forschung ist, dass die Regulierung der Interaktion von Politik und Medien auf der Grundlage von gemeinsamen Orientierungen in Bezug auf die Kommunikation politischer Botschaften erfolgt. Die Gesamtheit dieser Normen und Erwartungen bezeichnen wir als politische Kommunikationskultur eines Landes (vgl. Pfetsch 2008). Die Einstellungen richten sich dabei auf vier Dimensionen des politischen Kommunikationsprozesses: auf seine Einbettung im politischen und medialen System, auf die öffentliche Meinung als gemeinsamen Bezugspunkt politischer Kommunikation, auf Strategien und Massnahmen der Aufmerksamkeitserzeugung für politische Themen und schliesslich auf das Selbstverständnis und die gegenseitige Interaktion der politischen Kommunikationsakteure selbst (vgl. Pfetsch 2003a). Auf diese vierte Dimension der politischen Kommunikationskultur beziehen sich die aus den gegenläufigen Interessenlagen und Rollenverständnissen resultie-

renden Wahrnehmungen über Konflikt oder Konsens zwischen Politikern und Journalisten, die im Mittelpunkt unserer Analyse stehen.

Die Untersuchung der Konfliktdimension der politischen Kommunikationskultur ist instruktiv, weil das Verhältnis von Journalisten und Politikern nicht nur durch die gemeinsamen Zielsetzungen bestimmt wird. Die Interaktion ist vielmehr durch die Grundkonstellation divergierender professioneller Interessen und Rollen geprägt. Gleichwohl bleibt zunächst offen, wie stark sich die Orientierungen unterscheiden und ob sich Discrepanzen in den Wahrnehmungen auf den alltäglichen gegenseitigen Umgang beider Seiten niederschlagen. Darüber hinaus kann man annehmen, dass die subjektiven Grundlagen der konkreten Beziehung zwischen Journalisten und Politikern stark von den jeweiligen institutionellen, kulturellen und politischen Kontexten eines Landes geprägt sind. Dies würde bedeuten, dass der strukturell angelegte Rollenkonflikt zwischen Journalisten und Politikern in unterschiedlichen Ländern mehr oder weniger stark ausgeprägt ist und entsprechend wahrgenommen wird.

In diesem Sinne haben wir bereits eingangs vermutet, dass die spezifische politische Kultur der Schweiz die Konfliktorientierung in der politischen Kommunikation abschwächt. Nach unserer Lesart der Arbeiten von Blum (2005, 2006) wird die politische Kommunikation in der Schweiz durch einige spezifische Faktoren beeinflusst, insbesondere durch die Prinzipien der Mehrsprachigkeit und des Minderheitenschutzes, des Föderalismus, der direkten Demokratie, sowie schliesslich insbesondere durch das Prinzip der Konkordanz. Diese Rahmenbedingungen wirken sich auch auf die Medienlandschaft der Schweiz aus und darauf, wie politische Kommunikation funktioniert und von den Akteuren selbst internalisiert wird. Insbesondere kann man vermuten, dass das Konkordanzprinzip mit Einstellungsmustern verbunden ist, die eine stärkere Konfliktorientierung in den Wahrnehmungsmustern von Politikern und Journalisten ausschliessen. Obwohl sich die Schweiz durch diese Charakteristika im europäischen Vergleich besonders hervorhebt, so lassen sich auch für die Vergleichsländer Unterschiede in der Konfliktorientierung vermuten. Kriesi (2001, 2003) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass in Mehrheitsdemokratien generell eine grössere Konkurrenzkultur und Konfliktorientierung in der politischen Kommunikation zu erwarten ist als in Konsensdemokratien (vgl. Lijphart 1999). Folgt man

diesem Argument, so ist nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die klassischen Konsensdemokratien Skandinaviens ein eher harmonisches und konsensuelles Verhältnis zwischen Medien und Politik zu erwarten (vgl. auch Strömbäck et al. 2008), wenn auch weniger stark als in der Schweiz. Dagegen lässt sich für Mehrheitsdemokratien wie Spanien und Frankreich vermuten, dass die politische Kommunikation von subjektiven Wahrnehmungen der Diskrepanz und der Interessensgegensätze geprägt ist. Für Deutschland, Österreich und Slowenien wäre schliesslich eine im Vergleich mittlere Konfliktorientierung zu erwarten.

Neben diesen institutionellen Rahmenbedingungen ist für die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Medien und Politik von Bedeutung, ob und wie stark der Umgang von Politikern und Journalisten von parteipolitischen Verbindungen und politisch-ideologischen Überzeugungen bestimmt wird. Hier liegt ein grundsätzliches Konfliktpotential jeder demokratischen politischen Kommunikationskultur, weil die politische Vereinnahmung von Journalisten für (Partei-)Politiker zwar funktional ist, aus der Sicht von Journalisten jedoch ihre Unabhängigkeit und Objektivität gefährdet. In diesem Sinne kann man vermuten, dass Konflikte zwischen den beiden Gruppen möglicherweise durch Versuche politischer Vereinnahmung oder der Frustration darüber entstehen. Das Niveau der Politisierung des Milieus der politischen Kommunikation ist daher ein wichtiger Faktor einer nationalen politischen Kommunikationskultur. Für die Schweiz argumentiert Blum (vgl. Blum 2005), dass die Entkoppelung des politischen Journalismus von der Parteipolitik zu einer «Entpolitisierung» der politischen Kommunikation beigetragen hat. Umgekehrt kann man dann annehmen, dass die Konflikte zunehmen, wenn Journalisten und Politiker der Meinung sind, dass politische Überzeugungen (wieder) eine Rolle im gegenseitigen Umgang von Medien und Politik spielen. In dieser Sichtweise ist die Situation in der Schweiz ungeklärt: Einerseits spricht das Festhalten an den Prinzipien der Konkordanz dafür, dass die Konfliktwahrnehmungen in der Schweiz im internationalen Vergleich gering ausgeprägt sein dürften, andererseits finden wir aber in jüngster Zeit eine wieder aufkeimende parteipolitische Polarisierung (vgl. Linder 2009), die möglicherweise auch das Verhältnis von Politikern und Journalisten in Mitleidenschaft zieht. Während für die Schweiz folglich eine negative Auswirkung der Politisierung auf das Verhältnis zwischen Jour-

nalisten und Politikern angenommen werden kann, so ist dieser Zusammenhang für die weiteren Länder nicht ebenso eindeutig zu vermuten. In stark parteipolitisch geprägten Ländern könnte politische Nähe zwischen Politikern und Journalisten den wahrgenommenen Harmoniegrad der Medien-Politik-Beziehung möglicherweise sogar steigern.

Während die politischen Kulturen auf Länderunterschiede in den subjektiven Orientierungen der Kommunikationskultur verweisen, gibt es auch konvergente Entwicklungen, die die nationalen Unterschiede möglicherweise nivellieren können. So sind die Medien in der Schweiz, wie auch in anderen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren einem tiefgreifenden Wandel unterworfen gewesen (vgl. Künzler 2005). Zu nennen sind hier insbesondere die Kommerzialisierung des Mediensystems und der daraus resultierende wachsende Wettbewerbsdruck. Die daraus folgenden Veränderungen in der Art politischer Berichterstattung, so z. B. eine zunehmende Zuspitzung, Personalisierung und Skandalisierung, haben sich möglicherweise auch auf die Orientierungen von Journalisten und Politikern ausgewirkt und die Diskrepanzen zwischen den beiden Seiten eher verschärft. Die Frage ist, ob diese parallel verlaufenden Entwicklungen in den europäischen Mediensystemen dazu beitragen, dass sich die nationalen Unterschiede in den subjektiven Konfliktwahrnehmungen nivellieren.

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir im Weiteren, ob für die politische Kommunikation in der Schweiz nach wie vor und stärker als in anderen Ländern der Grundsatz «Harmonie im Konsens» gilt. Diese allgemeine Forschungsfrage lösen wir in folgende Teilfragen auf:

1. Wie harmonisch bzw. konflikthaltig schätzen Journalisten und Politiker in der Schweiz ihre Arbeitsbeziehung ein, was sind Ursachen für Spannungen?
2. Wie nehmen Politiker und Journalisten den Einfluss von politischen Überzeugungen auf das gegenseitige Verhältnis wahr und wie beeinflusst dies ihre Konfliktsicht?
3. Wie stark unterscheidet sich die Schweiz in der Konfliktdimension politischer Kommunikationskultur von anderen europäischen Ländern? Lässt sich die Vermutung bestätigen, dass die Schweizer Kommunikationskultur im Vergleich harmonischer ist als in den weiteren acht von uns untersuchten europäischen Ländern, weil die

Entkopplung politischer Kommunikation von politischen Überzeugungen nach wie vor ein prägendes Prinzip ist?

2.2. Empirische Untersuchung

Um diese Fragestellungen zu bearbeiten greifen wir auf eine Befragung aus den Jahren 2008/09 zurück, bei der in der Schweiz 150 politische Journalisten sowie 100 Politiker teilnahmen. Gegenstand waren die Einstellungen und Normen in Bezug auf politische Kommunikation, darunter auch Orientierungen über das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern. Mit den Daten liegt zum ersten Mal seit der Studie von Ulrich Sacher (1992) Anfang der 1990er Jahre eine empirische Basis vor, um die politische Kommunikationskultur in der Schweiz zu beschreiben (vgl. Schwab Cammarano 2010; Schwab Cammarano et al. 2010 für weitere Analysen). Für die vorliegende Untersuchung ist es darüber hinaus wichtig, dass wir in der Lage sind, die Schweiz mit anderen Kommunikationskulturen in Europa systematisch zu vergleichen. Insgesamt wurden 860 politische Eliten und 1230 Spitzenjournalisten in der Schweiz, Österreich, Deutschland, Slowenien, Frankreich, Spanien, Dänemark, Schweden und Finnland befragt.

Unsere Untersuchung konzentriert sich auf Eliten in der Politik und den Medien, weil wir davon ausgehen, dass diese das Milieu der politischen Kommunikation im Zentrum des Regierungssystems wesentlich prägen³. Politiker und Journalisten unserer Befragung haben wir nach dem Positionsansatz (vgl. Bürklin 1997) über Führungsrollen der Organisationen des politischen Kommunikationssystems ausgewählt. Dazu gehören Berufspolitiker der nationalen Ebene sowie Personen, die in verantwortlicher Position in der Politikvermittlung sowie der nationalen Berichterstattung über Politik tätig sind. Bei der Auswahl der Befragten wurden zunächst die relevanten Organisationen bestimmt und im zweiten Schritt die wichtigsten Positionen innerhalb der jeweiligen Organisation. Zur politischen Elite zählen wir Regierungsmitglieder, Parlamentsabgeordnete sowie Funktionsträger der im Parlament vertretenen politischen Parteien.

³ Des Weiteren wurden Interviews mit 409 politischen Sprechern und Kommunikationsexperten geführt, die nicht in die Analysen für diesen Beitrag eingehen.

In solchen Ländern (so auch der Schweiz), in denen auch die administrative Funktionselite sowie Interessengruppen wie z. B. Gewerkschaften eine wichtige Rolle in der öffentlichen politischen Debatte spielen, wurden auch hochrangige Vertreter dieser Organisationen berücksichtigt. Politische Journalisten zählen wir zur Medienelite, wenn sie dauerhaft und massgeblich an redaktionellen Entscheidungen ihrer Redaktion in Bezug auf die Themen der Innenpolitikberichterstattung und ihre Kommentierung beteiligt sind. Dabei wurden leitende Korrespondenten, Ressortleiter und Chefredakteure von Printmedien (Qualitätszeitungen, politische Zeitschriften, Boulevardzeitungen mit politischem Teil), öffentlich-rechtlichen und privaten TV- und Radiosendern, führenden Nachrichtenagenturen und – in einigen Ländern – von Online-Medien eingeschlossen.

Die Interviews fanden in allen Ländern zwischen April 2008 und März 2009 entweder telefonisch (durch CATI), persönlich-mündlich, online oder mit einem schriftlichen Fragebogen⁴ statt. In der Schweiz wurde eine Ausschöpfungsquote von 37 Prozent bei den Journalisten und 35 Prozent bei den Politikern erreicht. Angesichts der äusserst schwierig zu erreichenden Elitepopulation der Befragung kann diese Quote als zufriedenstellend gewertet werden⁵.

3. Ergebnisse

3.1. Wahrnehmung der Beziehung: Konflikt vs. Harmonie

Ausgangspunkt unserer Analyse war die allgemeine Einschätzung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Politikern und Journalisten in der Schweiz. In einem ersten Schritt ging es darum, das Niveau der wahrge-

⁴ Obwohl nicht ausgeschlossen werden kann, dass die unterschiedlichen Befragungsmodi die Vergleichbarkeit der Antworten etwas beeinträchtigen, haben wir die unterschiedlichen Optionen angeboten, um die Teilnahmebereitschaft der schwierig zu rekrutierenden Untersuchungsteilnehmer zu erhöhen und der spezifischen Situation in jedem Land anzupassen: In der Schweiz, Dänemark, Finnland und Slowenien war die Online-Umfrage, in Deutschland, Frankreich und Schweden CATI die vorrangige Befragungsform. In Österreich und Spanien wurde den Befragten die Form der Befragung von Beginn an freigestellt.

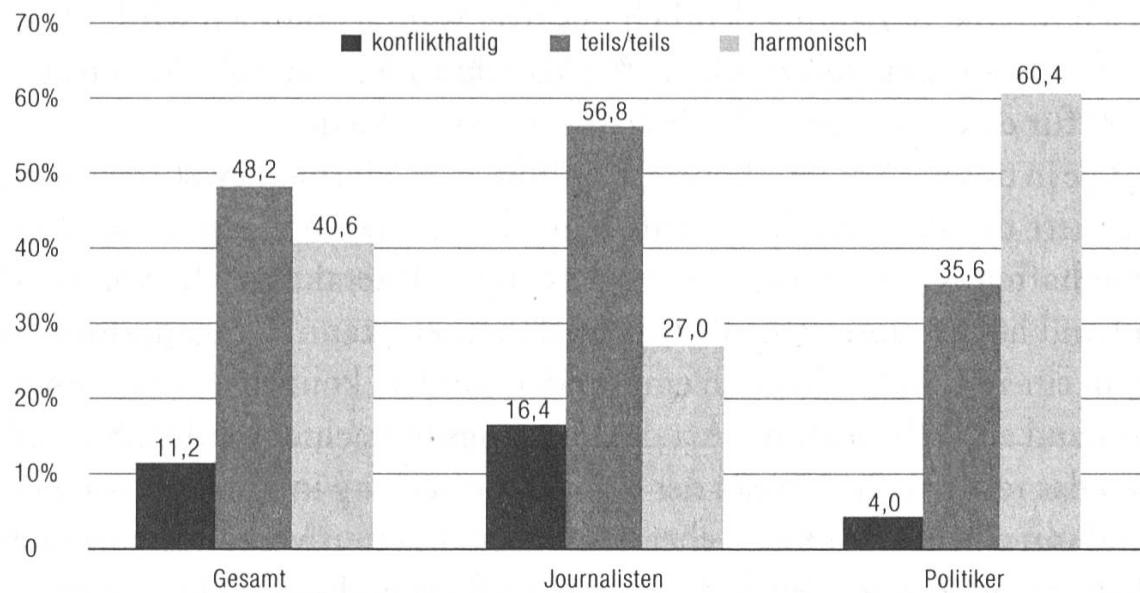
⁵ Die Ausschöpfungsquote schwankte im internationalen Vergleich zwischen 20 Prozent in Frankreich und 61 Prozent in Dänemark.

nommenen Konflikthaltigkeit auf nationaler Ebene und im internationalen Vergleich zu bestimmen. Der Indikator für dieses Konstrukt war die Frage, wie harmonisch bzw. konflikthaltig die Befragten ihr eigenes Verhältnis zu den Akteuren der jeweils anderen Seite einschätzen (vgl. Abbildung 1).

Die Antworten in Bezug auf die Einschätzung ihres Verhältnisses zeigen, dass die Interaktion zwischen Politikern und Journalisten in der Schweiz als weitgehend harmonisch wahrgenommen wird. Etwa 40 Prozent der Befragten sprechen von harmonischem Umgang miteinander, nur 11 Prozent der Akteure räumen Spannungen ein. Gleichwohl werden eklatante Unterschiede zwischen Politikern und Journalisten sichtbar: Während 60 Prozent der Politiker der Meinung sind, ihre Beziehung zu Journalisten seien harmonisch, meinen dies umgekehrt gerade 27 Prozent der Journalisten. In der politischen Kommunikation interagieren also zwei Gruppen mit deutlich diskrepanten Wahrnehmungsmustern über die Geschäftsgrundlage ihres Handelns.

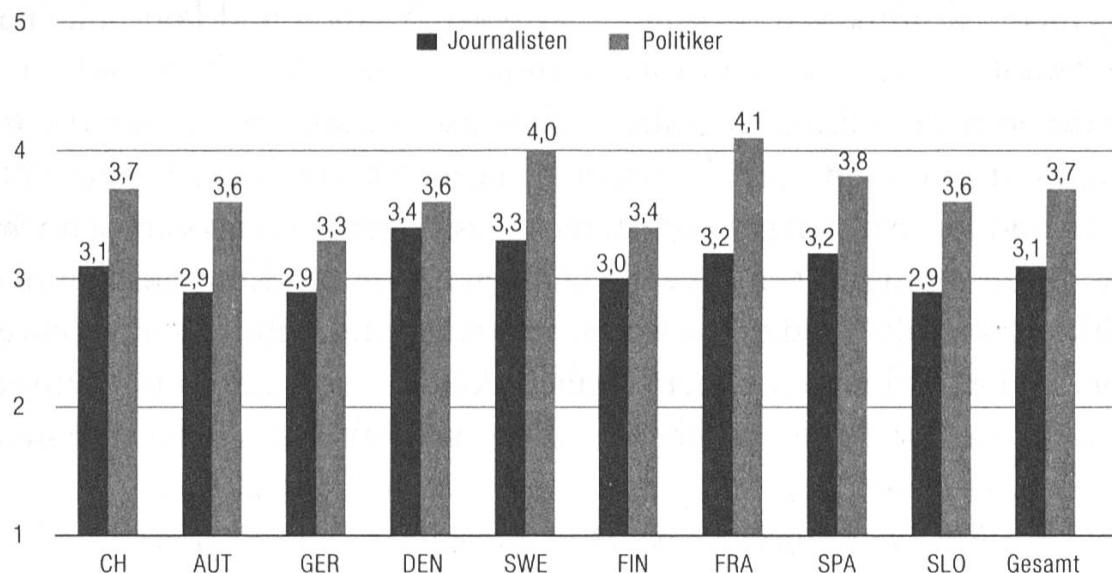
Vergleicht man diesen Befund für die Schweiz mit anderen europäischen Ländern (Abbildung 2), so wird deutlich, dass die diskrepanten Wahrnehmungen von Journalisten und Politikern in der Bewertung ihres gegenseitigen Verhältnisses typisch sind. In fast allen untersuchten Ländern bezeichnet eine Mehrheit der Politiker ihr Verhältnis zu den Medien als grundsätzlich harmonisch, während die Journalisten dies zu einem deutlich geringeren Ausmass befürworten. Betrachtet man die Verteilung der Antworten für die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern im Lichte der Vermutung, dass das Verhältnis von Politikern und Journalisten hier besonders harmonisch sei, so lässt sich dies nicht bestätigen. Es zeigt sich vielmehr, dass die Schweiz sowohl in Bezug auf die Konfliktwahrnehmung, als auch im Hinblick auf die Diskrepanz zwischen politischen und medialen Akteuren im europäischen Mittelfeld rangiert. Auffallend ist auch, dass sich die mehrheitsdemokratischen Länder Spanien und Frankreich in Bezug auf die wahrgenommene Konflikthaltigkeit der Beziehung von Politikern und Journalisten nicht von den übrigen Ländern unterscheiden. Die Bewertungen des politisch-medialen Verhältnisses erscheinen in diesen Ländern sogar überdurchschnittlich harmonisch. Im Vergleich der Ländergruppen finden wir keine einheitlichen Muster, die es erlauben würden, die nordischen, mittel- und südeuropäischen Länder systematisch voneinander zu unterscheiden: Das Verhältnis zwischen Journalisten und

Abbildung 1: Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten (Schweiz, nach Akteursgruppe)



N = 249; Prozentwerte gültiger Antworten auf die Frage «Ganz allgemein gesprochen: Würden Sie Ihren Umgang mit Journalisten (bzw. Politikern) als eher konflikthaltig oder als eher harmonisch bezeichnen (auf einer 5-stufigen Skala; 1,2 = konflikthaltig, 3 = teils/teils, 4,5 = harmonisch)?»

Abbildung 2: Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten (Mittelwerte nach Land und Akteursgruppe)



N = 2095; Mittelwerte der Frage «Ganz allgemein gesprochen: Würden Sie Ihren Umgang mit Journalisten (bzw. Politikern) als eher konflikthaltig oder als eher harmonisch bezeichnen (1 = sehr konflikthaltig bis 5 = sehr harmonisch)?»; signifikante Länderunterschiede: Eta = ,213 (p < ,001).

Politikern wird in Deutschland und Finnland am wenigsten harmonisch eingeschätzt. Am anderen Ende der Skala finden wir Schweden und Frankreich, wo die Beziehung deutlich positiver wahrgenommen wird. Dänemark und Spanien nehmen hier eine Mittelposition ein (vgl. Pfetsch et al. 2009 für eine detaillierte Analyse dieser Unterschiede).

Die in unserer Studie erhobene Konflikt- bzw. Harmoniewahrnehmung markiert die Position der jeweils handelnden Akteure gegenüber einer dauerhaften Konfliktnorm der gegenseitigen Interaktion, die von Land zu Land höchst unterschiedlich ausgestaltet sein kann. Umgangsformen, die in einem Land als kritisch empfunden werden, können in einem anderen Land als völlig legitime Art des Umgangs betrachtet werden. So kann man das relativ hohe Niveau der Konfliktbewertung in Finnland – einem Land mit einem traditionell eher konsensorientierten Verhältnis zwischen Medien und Politik – auch darauf zurückführen, dass es hier in jüngster Zeit einige mediale Politikskandale gab. Die Einschätzungen der Befragten geben hier möglicherweise auch Bewertungen der aktuellen Situation im Vergleich zu den herkömmlichen Gepflogenheiten wider. In diesem Sinne kann man von unseren Befunden auf die «Konsenskultur» in der politischen Kommunikation eines Landes schliessen, die sich gerade in der subjektiven Wahrnehmung der Akteure manifestiert.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass die Schweiz in Bezug auf die allgemeine Konfliktwahrnehmung zwischen Medien und Politik keinen Sonderfall darstellt. Wir können die Annahme, dass die Schweiz aufgrund der ihr eigenen politischen Kultur des Konsenses auch in der politischen Kommunikation von einem besonderen Harmonieverhältnis zwischen Politikern und Journalisten geprägt ist, nicht bestätigen. Es zeigt sich vielmehr, dass die Trennungslinie nicht zwischen den nationalen Kommunikationskulturen verläuft, sondern zwischen medialen und politischen Akteuren innerhalb jedes Landes. Danach haben Politiker eine deutlich positivere Sicht auf die Beziehung zwischen Medien und Politik als die Journalisten.

3.2. Ursachen von Konflikten zwischen Journalisten und Politikern

Diskrepanz Wahrnehmungen des Verhältnisses von Politikern und Journalisten können eine Vielzahl von Gründen haben, die – wie eine frühere Untersuchung der Normen der Interaktion zeigt – auf ganz unterschied-

Tabelle 1: Ursachen von Konflikten zwischen Journalisten und Politikern (nach Land)

	CH	AUT	GER	DEN	FIN	SWE	FRA	SPA	SLO	Gesamt	Eta
Gegensätzliche Interessen	2,9	3,7	3,2	3,1	3,7	2,8	3,3	3,9	3,2	3,3	,358***
Mängel im Informationsaustausch	2,6	3,2	2,5	2,4	3,1	2,8	3,7	3,7	3,1	3,0	,372***
Nicht-Einhalten von Absprachen	2,3	2,8	2,3	2,1	2,6	2,0	3,3	3,1	3,0	2,6	,525***
Unfaires Verhalten	2,5	2,7	2,6	2,5	2,7	2,4	2,1	4,2	3,5	2,8	,314***
Mangelnder Respekt	2,9	2,9	2,6	2,5	2,5	2,3	3,4	2,7	3,3	2,8	,304***
N	249	237	282	109	252	257	156	158	267	1967	

Mittelwerte der Frage «Würde Sie mir bitte für jede der folgenden Konfliktursachen sagen wie häufig sie Ihrer Meinung nach auftreten (1 = sehr selten bis 5 = sehr häufig)?»
 * $p < ,05$, ** $p < ,01$, *** $p < ,001$; Gruppenstärke von Politikern und Journalisten innerhalb jedes Landes gleich gewichtet.

lichen Ebenen liegen (vgl. Pfetsch 2000): Spannungen entstehen einerseits, wenn beide Seiten grundsätzlich unvereinbare Sichtweisen ihres Handelns und ihrer Interessen haben. Andererseits kann es aber auch zu Konflikten kommen, wenn beide Seiten die gleiche Norm unterschiedlich interpretieren. Normen des professionellen Umgangs gelten in der Sicht von Journalisten oder Politikern z. B. dann als verletzt, wenn der Tausch von Information gegen Publizität einseitig oder für beide Seiten nicht zufriedenstellend ist. Dies ist der Fall, wenn Journalisten den Politikern unterstellen, dass deren Informationen nicht korrekt oder unvollständig sind. Umgekehrt kann es zu Spannungen und Misstrauen kommen, wenn Politiker glauben, ihre Informationen an die Presse werden nicht korrekt berichtet. Eine weitere Verletzung professioneller Normen stellt das Nicht-Einhalten von Absprachen dar. Das Verhältnis von Politikern und Journalisten kann aber auch als gestört wahrgenommen werden, wenn Normen des sozialen Umgangs verletzt werden. Dies geschieht dann, wenn sich die Akteure auf der einen oder anderen Seite unfair oder respektlos behandelt fühlen.

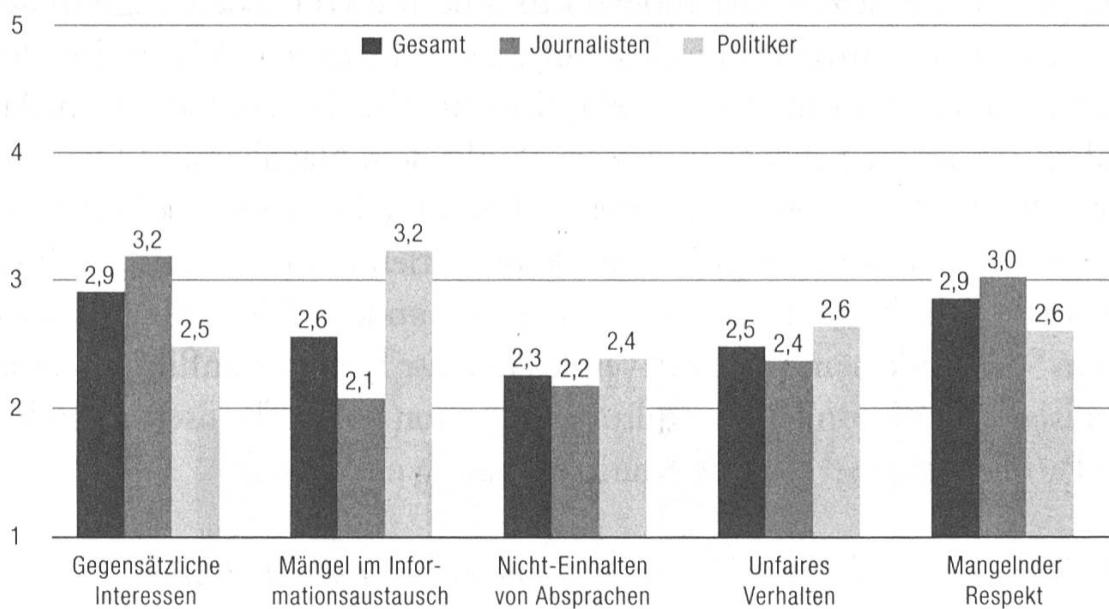
Unsere Erhebung der Konfliktursachen zeigt, dass der grundlegende Interessenskonflikt zwischen Journalisten und Politikern in allen Ländern als häufigste Konfliktursache wahrgenommen wird (vgl. Tabelle 1).

Die Schweiz stellt in diesem Punkt keine Ausnahme dar. Konflikte zwischen Journalisten und Politikern sind in der subjektiven Wahrnehmung dadurch bedingt, dass jede Seite ihre Rolle ausübt: Journalisten wollen Nachrichten publizieren und Politiker wollen die Zustimmung der Bevölkerung zu ihren Vorhaben und ihrer Person. Betrachtet man das Niveau der Zustimmung zu unterschiedlichen Konfliktgründen, so ist die Nennung von gegenteiligen Interessen in der Schweiz (neben Schweden) im Vergleich zu anderen Ländern am geringsten ausgeprägt. Auch bei der Zustimmung zu anderen Items der sozialen und professionellen Normverletzung liegt die Schweiz unter dem Durchschnitt: es gibt hier weniger Klagen über einen unfairen Umgang miteinander, über nicht eingehaltene Abmachungen und über Probleme in der Informationsweitergabe als in anderen Ländern (vgl. auch Schwab Cammarano & Diez Medrano 2010).

Da wir vermuten, dass allgemeine Harmonieeinschätzung der Beziehung auch kulturell bedingt ist und im Zusammenhang mit der Häufigkeit von tatsächlichen Konflikten steht, haben wir die allgemeine Wahrnehmung des Verhältnisses (Abbildung 2) der Häufigkeit bestimmter Konfliktursachen (Tabelle 1) gegenübergestellt. Hier zeigen sich in der Tat in einigen Fällen deutliche Diskrepanzen. So geben z. B. Journalisten und vor allem Politiker in Frankreich und Spanien auf der einen Seite an, in grosser Harmonie miteinander zu leben, sehen aber nun eine ganze Reihe von häufigen Konfliktgründen, insbesondere bei der Informationsweitergabe und -berichterstattung. Umgekehrt geben die deutschen Befragten, die überdurchschnittlich häufig Konflikte wahrgenommen haben, nur selten konkrete Ursachen an.

Die Nennung bestimmter Konfliktgründe im Aggregat und im nationalen Vergleich gibt wenig Aufschluss über die Natur des Verhältnisses und mögliche Spannungen zwischen den Gruppen innerhalb eines Landes. Wenn man am Beispiel der Schweiz die beiden Akteursgruppen in Bezug auf die häufig berichteten Konfliktursachen vergleicht (Abbildung 3), so sieht man auf der einen Seite, dass Journalisten eher als Politiker auf die unterschiedlichen Interessen der beiden Gruppen verweisen. Medienakteure monieren auch deutlich häufiger, dass fehlender Respekt das Problem der Beziehung sei. Auf der anderen Seite berichten die Politiker vor allem dann Konflikte, wenn ihre Informationsverbreitungsansprüche an

Abbildung 3: Ursachen von Konflikten in der Schweiz



n=249; Mittelwerte der Frage «Würde Sie mir bitte für jede der folgenden Konfliktursachen sagen wie häufig sie Ihrer Meinung nach auftreten (1 = sehr selten bis 5 = sehr häufig)?»

die Presse nicht bedient werden. In Bezug auf die weiteren Konfliktgründe finden wir keine diskrepanten Einschätzungen.

Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt einerseits, dass die Einstellungsmuster über die Konfliktgründe in der Schweiz keine nationale Eigenart sind, sondern den anderen Ländern gleichen. Andererseits weist die Schweiz relativ gesehen stärkere Diskrepanzen zwischen den Gruppen auf als andere nationale Kommunikationskulturen. Dies zeigt sich, wenn man die Gruppenmittelwerte von Journalisten und Politiker für jeden der genannten Konfliktgründe berechnet und die Distanzsummen vergleicht. Die Schweiz weist hier mit einer Distanzsumme von 2,6 einen vergleichsweise hohen Wert auf, der nur von Finnland (2,8) übertroffen wird. Die durchschnittliche Distanzsumme aller Länder über alle Konfliktgründe hinweg beträgt lediglich 1,3 Punkte. Dieser Befund ist umso bemerkenswerter, da die schweizerischen Befragten im Vergleich mit ihren Kollegen aus den anderen Ländern eine vergleichsweise geringere Häufigkeit der einzelnen Konfliktursachen angaben.

Wir finden also für die Journalisten und Politiker in der Schweiz eine Situation, die sich von anderen europäischen Ländern unterscheidet:

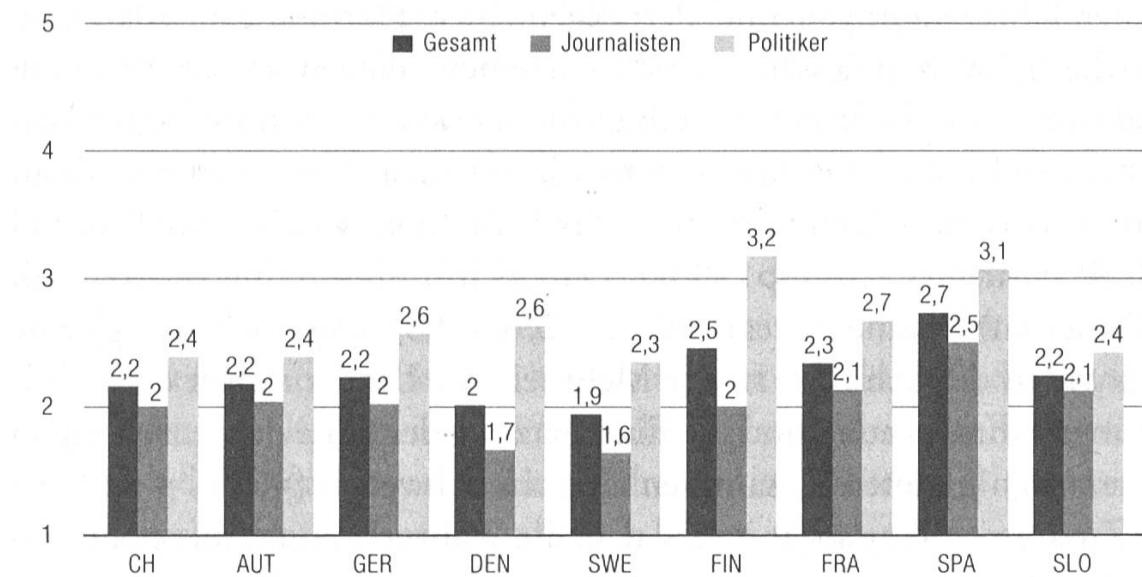
Einerseits kommen die abgefragten Ursachen für Konflikte zwischen den Gruppen relativ selten vor, andererseits sind die Unterschiede zwischen Politikern und Journalisten selbst auf diesem niedrigen Niveau im Vergleich erstaunlich hoch: Harmonie ja, Konsens über Unterschiede nein. Am ähnlichsten ist die Schweiz in diesem Punkt dem Nachbarland Deutschland. Die für die Schweiz vermutete «Harmonie im Konsens» finden wir dagegen in den beiden nordischen Demokratien Dänemark und Schweden (nicht jedoch in Finnland). Und ein ganz anderes Muster manifestiert sich in Spanien, einem Land mit vergleichsweise hohem Konfliktpotential: Hier ist die Kommunikationskultur geprägt von hohem Konsens zwischen den Parteien darüber, welche Konflikte häufig entstehen.

3.3. Politisierung des Verhältnisses von Journalisten und Politikern

Die Politisierung der Beziehung zwischen Politikern und Journalisten gehört zu den neuralgischen Punkten der politischen Kommunikationskultur in einer Demokratie. Hier stehen auf der Seite der Medien der Anspruch der Unabhängigkeit des Journalismus im Widerspruch mit den Kommunikationsansprüchen von Politikern, die öffentliche Zustimmung zu maximieren versuchen. Vor diesem Hintergrund vermuten wir, dass die Wahrnehmung von Konflikten zwischen Journalisten und Politikern mit der Politisierung des Verhältnisses in Zusammenhang steht. Nun wird gerade für die Schweiz argumentiert, dass hier der Konsens zwischen Medien und Politik darauf beruht, dass die (Partei-)Politisierung in den 1970er Jahren mehr oder weniger verschwunden ist (vgl. Blum 2005, 2006). Wenn dies zutrifft, dann müssten wir in unserer Studie einen sehr niedrigen Politisierungsgrad der politischen Kommunikationskultur in Bern nachweisen können. Andererseits kam es gerade in jüngster Zeit zu parteipolitischen Polarisierungen, die möglicherweise auch zu einer (Re-)Politisierung der politischen Kommunikationskultur der Schweiz führen. Dies würde für einen hohen Politisierungsgrad sprechen. Zum anderen müsste der wahrgenommene Politisierungsgrad in der Schweiz in negativem Zusammenhang mit der Harmonieeinschätzung des Verhältnisses von Medien und Politik stehen, und dies in stärkerem Masse als in den übrigen untersuchten Ländern.

Als Indikator des Politisierungsgrades der Medien-Politik-Beziehung dient die Einschätzung von Politikern bzw. Journalisten über die

Abbildung 4: Einfluss politischer Überzeugungen in der politischen Kommunikation (Mittelwerte nach Land und Gruppe)



N = 1969; signifikante Länderunterschiede zwischen Ländergruppen ($\eta^2 = ,192$, $p < ,001$), signifikante Unterschiede zwischen Akteursgruppen ($\eta^2 = ,262$, $p < ,001$); «Wie stark wird ihre eigene professionelle Beziehung zu Journalisten bzw. Politikern durch deren politische Haltung beeinflusst (1 = sehr schwach bis 5 = sehr stark)?»

Stärke des Einflusses politischer Haltungen auf die eigene professionelle Beziehung zu der jeweils anderen Gruppe. Die Auswertung der Daten (Abbildung 4) bestätigt hier in der Tat, dass die politische Kommunikationskultur in der Schweiz auch in der Selbstwahrnehmung der Akteure nur zu einem sehr geringen Grad von politischen Haltungen und Überzeugungen bestimmt wird. Nur knapp 13 Prozent der Politiker und Journalisten erkennen eine Politisierung des Verhältnisses zwischen medialen und politischen Akteuren, im Vergleich zu zwei Dritteln der Befragten, in deren Augen der Einfluss politischer Überzeugungen eher oder sehr gering ist. Im Vergleich zu den anderen Ländern (Mittelwert 2,3) liegt der Politisierungsgrad in der Schweiz (Mittelwert: 2,2) damit etwas unter dem Durchschnitt. Lediglich in Dänemark (2,0) und Schweden (1,9) wird der Einfluss politischer Überzeugungen als noch niedriger eingeschätzt⁶.

Grosse Unterschiede zwischen den Ländern ergeben sich jedoch, wenn man die Politisierung in Bezug zur allgemeinen Konfliktwahrnehmung

⁶ Akteursgruppen innerhalb jedes Landes gleich gewichtet.

setzt. Zunächst finden wir im Aggregat aller Befragten keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Einfluss politischer Überzeugungen und der allgemeinen Harmonieeinschätzung. Für die Schweiz indessen können wir einen solchen Zusammenhang bestätigen. Dies bedeutet, je stärker die schweizerischen Befragten den politischen Einfluss auf ihren gegenseitigen Umgang wahrnehmen, desto weniger harmonisch empfinden sie das Verhältnis zwischen Medien und Politik (Pearson's $-$, 180, $p < ,001$). Lediglich im (weiterhin relativ stark politisierten) Spanien (Pearson's $-$, 172, $p < ,05$) zeigt sich das gleiche Bild wie in der Schweiz. In der Mehrheit der Länder stehen die Politisierungswahrnehmung und die Einschätzung der Güte der Beziehung in keinem signifikanten Zusammenhang. In Schweden (+, 176, $p < ,01$) ist der Zusammenhang sogar invers, d. h. die Wahrnehmung einer politisierten Beziehung trägt tendenziell positiv zur Bewertung der gegenseitigen Beziehung bei. Dies weist darauf hin, dass in der Schweiz das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten wie vermutet stärker als in den meisten anderen untersuchten europäischen Ländern auf der Entkopplung politischer Kommunikation von politischen Überzeugungen gründet. Nach unseren Befunden sind dafür insbesondere die Journalisten verantwortlich. Sie sorgen dafür, dass es nicht zu einer (Re-)Politisierung der Beziehung zwischen Politik und Medien kommt.

4. Fazit

In unserer Studie haben wir die Bewertung des Verhältnisses von Journalisten und Politikern in der Schweiz aus der Sicht der Betroffenen und die Gründe für möglicherweise widersprüchliche Einschätzungen und Spannungen analysiert. Ausgangspunkt war die Frage, ob die Schweiz nach wie vor als Musterbeispiel für eine Kommunikationskultur gelten kann, die für eine Entkoppelung des Journalismus von der Parteipolitik steht. Insofern hatten wir Harmonie im Konsens vermutet, d. h. dass die professionellen Gegensätze, die in der Natur des Verhältnisses zwischen Journalisten und Politiker liegen, gegenseitig respektiert werden und kaum für Konflikte sorgen. Darüber hinaus hatten wir angenommen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich zu denjenigen Ländern gehört, die ein hohes Niveau an Konsens zwischen Politikern und Journalisten auf-

weist. Kontrastiert man diese Annahmen mit den empirisch vorfindbaren Einstellungsmustern, so nehmen schweizerische Politiker und Journalisten ihre Beziehung zueinander in der Tat als durchaus harmonisch wahr. Dennoch unterscheiden sich die Wahrnehmungen der Politiker erheblich von jenen der Journalisten. Letztere sehen das Verhältnis als deutlich weniger harmonisch an und machen dafür auch andere Gründe verantwortlich als die Politiker. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Schweiz ein relativ niedriges Konflikt niveau hat, dass aber die Diskrepanzen zwischen den beiden Gruppen überdurchschnittlich sind. Trotz der vermuteten starken Prägung der Schweizer Kommunikationskultur durch ihre spezifische politische Kultur, insbesondere durch das Prinzip der Konkordanz, zeigt sich die eingangs vermutete «Harmonie im (Akteurs-)Konsens» hier also nur teilweise. Vielmehr sind es die beiden skandinavischen Konsensdemokratien Dänemark und Schweden, deren politische Kommunikationskultur durch Harmonie im Konsens zu charakterisieren ist. Es lässt sich jedoch kein durchgängiges Muster nachweisen, nach welchem die politische Kommunikationskultur in Mehrheitsdemokratien stärker von Konflikten geprägt ist. Gerade im Vergleich von Mehrheits- und Konsensdemokratien zeigt sich aber, dass sich das Verhältnis zwischen medialen und politischen Akteuren nicht zufriedenstellend beschreiben lässt, wenn man allein die Harmonie auf der «Vorderbühne» politischer Kommunikation betrachtet. So ist die Konflikthäufigkeit in den beiden Mehrheitsdemokratien Spanien und Frankreich deutlich höher, obwohl die Befragten «nach aussen» ein durchaus harmonisches Verhältnis zur Schau stellen. In diesen Ländern herrscht eine unter anderem im politischen System begründete öffentlichkeits- und medienzentriertere Form der politischen Kommunikation vor, die offenbar für eine höhere Konflikttoleranz von Journalisten und Politikern sorgt.

Schliesslich stellte sich für die Schweiz insbesondere die Frage, ob die langjährige Entflechtung des politischen Journalismus von der Parteipolitik auch in einem Klima der ideologischen Polarisierung Bestand hat. Nach unseren Befunden scheint die politische Kommunikationskultur in der Tat einer (Re-)Politisierung zu trotzen. Dafür sind jedoch nicht die Politiker verantwortlich, sondern die Journalisten. Sie sehen in der politischen Beeinflussung ein Problem und suchen sich deshalb zu entziehen. Diese Situation sorgt dafür, dass die schweizerischen Akteure der

politischen Kommunikation in der Tat unterdurchschnittlich häufig Konflikte in ihrer Beziehung sehen. Im Gegensatz zur Mehrzahl der anderen Länder führt in der Schweiz die starke Verpflichtung auf die Prinzipien der politischen Kultur und der Konkordanz dabei nicht zu «harmonischer Verstrickung», sondern zu Wachsamkeit auf beiden Seiten und einem erhöhten Bewusstsein für die Unabhängigkeit der Medien. Die Schweizer politische Kommunikationskultur mag nicht von vorne herein harmonischer sein als im restlichen Europa – die Entkopplung der Medien von der Politik als Voraussetzung für ein harmonisches Verhältnis zwischen Medien und Politik ist aber ein durchaus Schweizer Charakteristikum.

Literatur

- BLUM, R. (2006). Politische Kultur und Medienkultur im Wechselspiel. Einleitung. In: R. BLUM; P. MEIER & N. GYSIN (Hrsg.). *Wes Land ich bin, des Lied ich sing. Medien und Politische Kultur*. Bern: Haupt.
- BLUM, R. (2005). Politischer Journalismus in der Schweiz. In: P. DONGES (Hrsg.). *Politische Kommunikation in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- BLUMLER, J.G. & GUREVITCH, M. (1981). Politicians and the Press. An Essay on Role Relationships. In: D.D. NIMMO & K.R. SANDERS (Hrsg.). *Handbook of Political Communication*. Beverly Hills: Sage.
- BLUMLER, J.G. & GUREVITCH, M. (1995). *The Crisis of Public Communication*. London/New York: Routledge.
- BÜRKLIN, W. (1997). Die Potsdamer Elitestudie von 1995: Problemstellungen und wissenschaftliches Programm. In: W. BÜRKLIN & H. REBENSTORF (Hrsg.). *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
- LINDER, W. (2009): Schweizerische Konkordanz im Wandel. *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 7: 209–230.
- KRIESI, H. (2001). Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess. Design für ein international vergleichendes Forschungsprojekt. Berlin: WZB.
- KRIESI, H. (2003). Strategische politische Kommunikation – Bedingungen und Chancen der Mobilisierung der Öffentlichkeit im internationalen Vergleich. In: F. ESSER & B. PFETSCH (Hrsg.). *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- LIJPHART, A. (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-six Countries*. New Haven: Yale University Press.
- PFETSCH, B. (2000). Journalistische Professionalität versus persönliches Vertrauen – Normen der Interaktion in der politischen Kommunikation in den USA und Deutschland. In: J. GERHARDS (Hrsg.). *Die Vermessung kultureller Unterschiede: USA und Deutschland im Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- PFETSCH, B. (2003a). Politische Kommunikationskultur – ein theoretisches Konzept zur vergleichenden Analyse politischer Kommunikationssysteme. In: F. ESSER & B. PFETSCH (Hrsg.). Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- PFETSCH, B. (2003b). Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- PFETSCH, B. (2008). Political Communication Culture. In: W. DONSBACH (Hrsg.). International Encyclopedia of Communications. Oxford: Blackwell.
- PFETSCH, B.; MAURER, P. & MAYERHÖFFER, E. (2009). A Hedge between keeps Friendship Green – Concurrence and Conflict between Politicians and Journalists in Western Democracies. Vortrag auf der Annual Conference of the International Communication Association (ICA). Chicago, 21.–24. Mai 2009.
- SAXER, U. (1992). Bericht aus dem Bundeshaus. Eine Befragung von Bundeshausjournalisten und Parlamentariern in der Schweiz. Diskussionspunkt 24, Zürich: Universität Zürich.
- SCHÖNBACH, K. (1998). Politische Kommunikation – Publizistik und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven. In: O. JARREN; U. SARCINELLI & U. SAXER (Hrsg.). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- SCHWAB CAMMARANO, S. (2010): Parlamentsmitglieder und Medienschaffenden in der Interaktion. Eine rollen- und strukturtheoretische Analyse am Beispiel der Schweiz. Unveröffentlichte Dissertation. Angenommen von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich, 05.11.2010.
- SCHWAB CAMMARANO S.; DONGES, P. & JARREN, O. (2010). Politische Kommunikationskultur im Wandel. *Studies in Communication Science* 10: 7–21.
- SCHWAB CAMMARANO, S. & DIEZ MEDRANO, J. (2010). Professional North/Conflictual South: Western European Patterns of Interaction and Conflict between Politicians and Journalists. Vortrag auf der Annual Conference of the International Communication Association (ICA). Singapore, 25.06.2010.
- STRÖMBÄCK, J.; ØRSTEN, M. & AALBERG, T. (2008). Political Communication in the Nordic Countries. Gothenborg: Nordicom.

*Submitted: 7 August 2010. Resubmitted: 3 January 2011. Resubmitted: 28 January 2011.
Accepted: 2 February 2011. Refereed anonymously.*

